

10.04.2013

SoVD NRW: Weg von der Agenda-Politik hin zum solidarischen Sozialstaat

Aus Anlass des heutigen Jahresempfangs unter dem Motto „SoVD – starke Stimme für Menschen.“ hat der SoVD NRW e.V. (Sozialverband Deutschland) einen Kurswechsel in der Sozialpolitik gefordert. Gerda Bertram, 1. Landesvorsitzende, kritisierte die unsozialen Folgen der Agenda-Politik und der damit verbundenen Hartz-Reformen aufs Schärfste: „Die Agenda 2010 hat zu einer massiven Ausbreitung der Armut und der Abstiegsangst in unserem Land geführt. Auch wer jahrzehntelang gearbeitet hat, rutscht nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit in die Fürsorgeabhängigkeit. Jeder Sechste ist in NRW inzwischen von Armut bedroht – darunter viele Kinder. 300.000 Menschen verdienen in unserem Bundesland so wenig, dass sie ergänzende Sozialleistungen brauchen. Eine Politik, die zu Armutslöhnen und Almosen führt, ist keine sinnvolle Sozialpolitik. Wir brauchen eine Generalrevision der Hartz-Reformen.“ Die Landesvorsitzende sprach sich dafür aus, prekäre Beschäftigungsverhältnisse in sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnisse umzuwandeln. Darüber hinaus müsse ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. Mit Blick auf die Landespolitik forderte Bertram umfassende Teilhaberechte von Menschen mit Behinderungen ein. Die inklusive Bildung werde viel zu zögerlich umgesetzt. Für pflegebedürftige Menschen im Heim müsse ein einklagbarer Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer gesetzlich verankert werden. Nur so könne der Schutz der Privat- und Intimsphäre gewahrt werden.

Für seine Forderungen erhält der SoVD auch die Unterstützung des Kölner Kabarettisten Wilfried Schmickler, der die Schirmherrschaft über die Kampagne „SoVD – starke Stimme für Menschen“ übernommen hat. Schmickler wies auf die Gefahr der Altersarmut hin: „Künftig wird jeder dritte Rentner mit 676 Euro im Monat auskommen müssen, weil er so wenig verdient hat, dass er gar keine Rente über der Armutsgrenze erzielen kann. Auch wer chronisch krank oder behindert ist, wird im Stich gelassen. Ob jemand medizinisch ausreichend versorgt wird oder ob er eine vernünftige Pflege bekommt, hängt mehr und mehr vom privaten Geldbeutel ab. Das hat mit Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun.“

SoVD-Präsident Adolf Bauer sagte: „Armut und soziale Ausgrenzung sind in Deutschland längst keine Randthemen mehr. Denn jahrelange Sozialkürzungen haben die Armutsrisiken wachsen lassen. Es ist an der Zeit gegenzusteuern. Insbesondere ein bundesweites Programm gegen soziale Ausgrenzung und für mehr Verteilungsgerechtigkeit gehört auf die politische Tagesordnung. Dafür wird der SoVD seine Stimme erheben und die politischen Parteien im anstehenden Wahlkampf erinnern.“

Der SoVD ist mit über 540.000 Mitgliedern einer der größten Sozialverbände in Deutschland. In NRW gehören dem Verband rund 100.000 Menschen an. Der gemeinnützige SoVD berät und vertritt seine Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen wie Rente, Kranken- und Pflegeversicherung, Schwerbehindertenrecht, Grundsicherung und Arbeitslosenversicherung. Darüber hinaus setzt sich der SoVD für die Interessen behinderter, älterer und sozial benachteiligter Menschen ein. In rund 400 SoVD-Kreis- und Ortsverbänden in NRW engagieren sich etwa 4000 Menschen ehrenamtlich für andere. Weitere Informationen unter www.sovd-nrw.de

Verantwortlich: Landespressesprecherin Michaela Gehms • 0211/386 03-14 • Mobil: 0173/7285738 •
m.gehms@sov-d-nrw.de

SoVD Nordrhein-Westfalen e.V. • Vereinsreg. AG Düsseldorf • VR 10365
Sitz : Erkrather Str. 343 • 40231 Düsseldorf • Homepage: www.sovd-nrw.de

Rede Jahresempfang 10.04.13 Landesvorsitzende Gerda Bertram
„SoVD starke Stimme für Menschen.“

Anrede,

im Namen des SoVD Nordrhein-Westfalen begrüße ich Sie ganz herzlich zu unserem Jahresempfang im Museum Kunstpalast. Ich freue mich, dass so viele Gäste aus Politik, Sozialgerichtsbarkeit, Landschaftsverbänden, befreundeten Organisationen und Gewerkschaften heute bei uns sein können. Schön, dass Sie alle da sind und dass wir heute die Gelegenheit haben, uns über die sozialpolitischen Themen auszutauschen, die uns besonders unter den Nägeln brennen.

In den vergangenen Wochen konnten wir unseren Augen und Ohren kaum trauen. Allerorten wurden die Erfolge der Agenda 2010 und der damit verbundene Sozialabbau bejubelt: Die Hartz IV-Reformen hätten Deutschland zu einem nie dagewesenen Aufschwung verholfen. Dank dieser Reformen hätten so viele Menschen Arbeit wie nie zuvor. Die Agenda 2010 sei arbeitsmarkt- und sozialpolitisch ein ganz großer Wurf gewesen.

Ein ganz großer Wurf war die Agenda 2010 schon. Sie war ein Steinwurf auf die Menschen in unserem Land. Und sie war ein Steinwurf auf die soziale Sicherheit in unserem Land. Sie hat die Grundfesten unseres Sozialstaats ins Wanken gebracht. Die Agenda 2010 hat nicht zu Wohlstand und Aufschwung geführt. Im Gegenteil: Sie hat zu einem massiven Anstieg der Minijobs, der Teilzeit- und Leiharbeit geführt. 1,7 Millionen Menschen arbeiten in Nordrhein-Westfalen als Minijobber. 1,1 Millionen Menschen haben einen Teilzeitjob.

Nun mag es einige Menschen geben, die freiwillig in Teilzeit arbeiten. Aber es gibt es auch sehr viele, die nur deshalb in Teilzeit arbeiten, weil sie keine Alternative haben. Besonders davon betroffen sind die Frauen, weil sie nach wie vor Familie, Pflege und Beruf nicht unter einen Hut bringen können. Mini- und Teilzeitjobs führen aber in die berufliche Sackgasse – das belegen auch jüngste Studien. Mit den Einkünften aus Mini- und Teilzeitjobs lässt sich kein Einkommen verdienen, das vor Armut schützt. Und von der Erwerbsarmut ist der Weg in die Altersarmut vorprogrammiert.

Noch ein paar Zahlen aus der schönen neuen Agenda-Welt: 200.000 Menschen sind in NRW als Leiharbeiter beschäftigt. Das, was hier in einigen Branchen stattfindet, muss man wohl als moderne Sklaverei bezeichnen. Denn wenn Leute von heute auf morgen ihre Arbeit verlieren und unter Tarif bezahlt werden, dann hat das mit sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun. Jeder Fünfte arbeitet in NRW im Niedriglohnbereich. Und 300.000 Menschen verdienen so wenig, dass sie trotz Arbeit auf Sozialleistungen angewiesen sind. Was aber nützt es, Arbeit zu haben, wenn man nicht davon leben kann?

Einen Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze gab es in den vergangenen zehn Jahren vor allem bei schlecht bezahlten und sozialversicherungsfreien Jobs. Dass das ein arbeitsmarktpolitischer Fortschritt sein soll, können wir nicht nachvollziehen. Die Agenda 2010 hat auch bewirkt, dass langjährig Beschäftigte, die ihre Arbeit verlieren, bereits nach einem Jahr Arbeitslosengeld zu Fürsorgeempfängern werden. Die Agenda 2010 schürt auf diese Weise die Angst vor dem sozialen Abstieg. Denn eines wissen alle Menschen: Einmal arm, heißt immer arm. Egal, ob man durch Arbeitslosigkeit, chronische Erkrankung oder Behinderungen in Not gerät: Wer einmal abgestiegen ist, kommt selten wieder hoch. Auch das soll ein sozialpolitischer Erfolg sein?

Die Agenda 2010 hat zu einem massiven Anstieg der Armut geführt. Sie hat auch dazu geführt, dass immer mehr Menschen Existenzangst haben. Dennoch werden schon heute Stimmen laut, die einen weiteren Sozialabbau und eine Agenda 2020 fordern. Dem wollen wir entschieden entgegentreten. Wir brauchen eine Politik für alle Menschen. Wir brauchen sozialen Ausgleich, Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Das wollen wir mit unserer Kampagne „SoVD – starke Stimme für Menschen“ deutlich machen.

Anrede,

erfolgreiche Reform- und Sozialpolitik sieht aus Sicht des SoVD anders aus. Wie wir uns eine sinnvolle Sozialpolitik vorstellen, das wird unser Präsident Adolf Bauer in seinem Beitrag ausführen. Dafür an dieser Stelle schon meinen herzlichen Dank. Klar ist: Wir lassen uns nicht vormachen, dass eine Politik, die zu Armutslöhnen und Almosen führt, sinnvolle Sozialpolitik ist. Wir lassen uns nicht weis machen, dass die Agenda 2010 die Ursache dafür ist, dass unser Land gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen ist. Denn auch die Krise hat gezeigt: Mit Kurzarbeitergeld und Konjunkturprogrammen geht es aufwärts. Nicht mit Leistungskürzungen. Eine Politik des Sozialabbaus lässt dagegen die Menschen zurück. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet und immer mehr Menschen auf der Strecke bleiben.

Aus Deutschland ist nicht trotz des Sozialstaates ein so wohlhabendes Land geworden, sondern gerade wegen des Sozialstaats. Denn im Sozialstaat werden möglichst viele Menschen mitgenommen. Im Sozialstaat sind Chancengleichheit und Teilhabe keine leere Worthülsen, sondern durchdachtes Programm. Deshalb fordern wir: Die Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt müssen korrigiert werden. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn und die Regulierung des Arbeitsmarktes. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen Schritt für Schritt in sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnisse umgewandelt werden.

Der SoVD NRW begrüßt, dass die Landesregierung die Einführung eines bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohns voranbringen will. Wir halten auch das nordrhein-westfälische Tariftreue- und Vergabegesetzes für einen Schritt in die richtige Richtung. Auch wenn nach unserer Auffassung die Beschäftigung von Schwerbehinderten darin als Kriterium ebenfalls hätte berücksichtigt werden müssen. Aber was noch nicht ist, kann ja noch werden.

Der SoVD ist nicht nur Stimme für sozial benachteiligte Menschen. Unser Verband ist auch eine starke Stimme für Menschen mit Behinderungen. In den vergangenen Jahren ist viel über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gesprochen worden. Erste Schritte zur Umsetzung der Konvention sind erfolgt. Aber aus unserer Sicht wird Vieles noch viel zu zögerlich angepackt.

Beispiel inklusive Bildung: Nordrhein-Westfalen gehört mit einer Inklusionsquote von 19,2 Prozent bundesweit zu den Schlusslichtern: Nur zwei von zehn Kindern mit Behinderung besuchen in Nordrhein-Westfalen die Regelschule. Das Landeskabinett hat zwar kürzlich den Gesetzentwurf zur inklusiven Bildung beschlossen. Ab dem Schuljahr 2014/2015 soll es einen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht geben. Aber das soll nur aufsteigend ab Klasse eins und fünf gelten. Die Jahrgänge dazwischen bleiben außen vor. Tausende von Kindern werden so um ihre Zukunftschancen gebracht, weil sie die Schule nach wie vor ohne Abschluss verlassen werden.

Das ist aus unserer Sicht nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar. Das Recht auf gemeinsamen Unterricht ist nicht teilbar. Es gilt für alle Kinder. Mit Sorge erfüllt uns auch, dass entgegen dem Rat von Experten die Doppelstruktur von Förder- und Regelschule beibehalten wird. Denn in der Folge fehlen die dringend benötigten Ressourcen zur sonderpädagogischen Förderung an der Regelschule. Dies ist aber eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die inklusive Bildung überhaupt gelingen kann. Insoweit würden wir uns mutigere Schritte in der Bildungspolitik wünschen.

Anrede,

Inklusion ist nicht allein auf die Bildungspolitik beschränkt. Sie umfasst die Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen. Ein besonderes Augenmerk möchten wir auch auf die Situation der pflegebedürftigen Menschen richten. Derzeit werden in Nordrhein-Westfalen das Landespflegegesetz und das Wohn- und Teilhabegesetz überarbeitet. Im Mittelpunkt dieser Reform steht der Ansatz: Weg von der großen Pflegeeinrichtung hin zur kleinen Wohngemeinschaft mit angeschlossenem Pflegedienst im Quartier. So weit so gut. Aber nach bisherigem Stand der Dinge will die Landesregierung dieses Ziel nicht erreichen, indem sie solche Wohngemeinschaften bei gleicher Qualität zur Unterbringung und Pflege im Heim fördert. Sondern sie will durch die Absenkung von Heimstandards Anreize setzen, damit Investoren Pflegeplätze in Wohngemeinschaften schaffen. Es kann aber nicht sein, dass die Bewohner in kleinen Wohngemeinschaften weniger Schutz genießen als in herkömmlichen Heimen. Denn egal ob der pflegebedürftige Mensch im Heim oder in einer WG wohnt – er muss eine qualitativ hochwertige Pflege und Betreuung erhalten. Er ist ja abhängig von dem, was ihm vor Ort geboten wird. Insoweit müssen auch in den kleinen Einheiten hohe Standards für die Pflege und Betreuung gelten. Das muss im Gesetz sichergestellt werden.

Nach unserer Auffassung werden die Selbstbestimmungs- und Teilhaberechte der pflegebedürftigen Menschen auch mit Blick auf das Pflegeheim noch nicht ausreichend berücksichtigt. Selbstbestimmung heißt: Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und mit wem er leben will. Das gilt auch für das Leben im Pflegeheim. Im Entwurf zum Wohn- und Teilhabegesetz ist zwar ein Wunschrecht auf ein Einzelzimmer formuliert. Aber wenn man genau hinschaut, dann ist dies nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Denn am Bestandsschutz der Einrichtungen wird nicht gerüttelt. Bis 2018 müssen in den Einrichtungen 80 Prozent der Zimmer Einzelzimmer sein. Bei einem Heim mit 80 Bewohnern heißt das: 54 Menschen leben im Einzelzimmer und 26 im Doppelzimmer. Das heißt: Rund einem Drittel der Heimbewohner wird weiterhin zugemutet, mit einem wildfremden Menschen ein Doppelzimmer teilen zu müssen. Das ist für den SoVD nicht hinnehmbar. Das verletzt nicht nur das Selbstbestimmungsrecht. Das widerspricht auch dem Schutz der Privat- und Intimsphäre. Das vorgesehene Recht auf ein Einzelzimmer ist auch kein einklagbarer Rechtsanspruch. Ein Recht, das zwar benannt ist, aber bei dem nicht klar ist, wie es eingefordert werden kann, ist nicht mehr als ein Symbol.

Wir appellieren deshalb an Sie, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, sich dafür einzusetzen, dass ein einklagbarer Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer im Wohn- und Teilhabegesetz verankert wird. Alle Heimzimmer müssen grundsätzlich Einzelzimmer sein. Für Menschen, die zusammenleben wollen, sollte es so geregelt sein, dass zwei benachbarte Zimmer auf Wunsch zusammengelegt werden können.

Ich könnte noch viele andere Beispiele nennen, in denen nach unserem Eindruck die Menschen, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, zu wenig Gehör finden.

Unsere Erfahrung ist: Sozial benachteiligte, behinderte und pflegedürftige Menschen können oft nicht selbst für sich sprechen. Deshalb brauchen sie jemanden, der für sie Partei ergreift und sich für sie stark macht. Der SoVD nimmt diese Aufgabe an. Aber auch für einen großen Sozialverband ist es gut, starke Partner zu haben. Partner, die mit uns am selben Strang ziehen und auf die Anliegen dieser Menschen aufmerksam machen. Viele unserer Bündnispartner aus befreundeten Organisationen und Gewerkschaften sind heute bei uns zu Gast. Und darüber freuen wir uns sehr.

Wir haben in diesem Jahr aber auch noch einen weiteren Bündnispartner gewonnen. Der Kabarettist Wilfried Schmickler stellt sich als Schirmherr für unsere Kampagne „SoVD – starke Stimme für Menschen“ zur Verfügung und wird auf seine Weise den Finger in die sozialpolitische Wunde legen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

Anrede,

wir werden immer wieder gefragt: Was machen Sozialverbände eigentlich? Welche Aufgaben haben sie? Das möchten wir heute auf unsere Weise beantworten. Der SoVD hat die Aufgabe, Sprachrohr zu sein für sozial benachteiligte, behinderte und pflegebedürftige Menschen. Und um diese Aufgabe deutlich zu machen, haben die Gebärdendolmetscherin Isabel Faul und ich heute die Rollen getauscht. Dafür an dieser Stelle ebenfalls herzlichen Dank. Und nun freue ich mich auf den Beitrag unseres Präsidenten Adolf Bauer.

Rede Jahresempfang 10.04.13 „SoVD starke Stimme für Menschen.“
Rede SoVD-Präsident Adolf Bauer

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Minister Schneider,
sehr geehrte Gäste,
liebe Gerda Bertram,

zunächst möchte ich mich herzlich für die Einladung zum diesjährigen Jahresempfang bedanken und Ihnen die Grüße des Präsidiums und des Bundesvorstandes des SoVD übermitteln!

Liebe Gerda Bertram,

Du hast in Deiner Rede ein sehr deutliches Bild von der aktuellen Lage in Deutschland gezeichnet und ich muss es noch einmal bestätigen und sogar ergänzen:

Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und ein deutlicher Anstieg der Armutsgefährdungsquote sind alarmierende Signale. Menschen mit Behinderungen werden konsequent vom 1. Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Wir haben große Defizite in der Pflege.

Die Mittelschicht in Deutschland schrumpft. Rund jeder Zehnte Deutsche ist mittlerweile auf „Hartz 4“ angewiesen. Es ist zu wenig Geld für dringend notwendige Investitionen der Kommunen da. Einrichtungen der Daseinsvorsorge sind chronisch unterfinanziert. Soziale Vorsorge und Absicherung werden zunehmend privatisiert. Wenige Menschen sind dabei noch in der finanziellen Lage, adäquat vorzusorgen. Und auch in anderen Bereichen werden die Folgen des einschneidenden Abbaus sozialstaatlicher Leistungen immer deutlicher... Und eines ist klar: Die Situation wird sich verschärfen.

Armut, Teilhabeungerechtigkeit und soziale Ausgrenzung haben Deutschland längst erreicht und dringen bis in die Mitte der Gesellschaft vor. – Was ich hier sage, ist keine Schwarzfärberei, sondern ist deutlich belegt durch die Zahlen des Armuts- und Reichtumsberichts und durch eine ganze Reihe Studien renommierter Institute und Institutionen von DIW bis OECD.

Anrede,

die Bundestagswahl steht vor der Tür. Es ist nun unsere Aufgabe als sozialpolitischer Interessenvertreter mit über 550.000 Mitgliedern bundesweit, die Vertreterinnen und Vertreter der Parteien daran zu erinnern, dass es sich bei sozialpolitischen Versprechen nicht um Worthülsen handeln darf. Nur ein echtes Umdenken wird Deutschland davor bewahren, in soziale Instabilität abzurutschen wie unsere europäischen Nachbarstaaten.

Ich möchte Sie daher alle auffordern, gemeinsam mit uns – ganz nach dem Motto dieser Veranstaltung – Ihre Stimme für die Menschen zu erheben. Wir müssen endlich die Missstände deutlich benennen und sie schnellstmöglich beseitigen!

Anrede,

Ich weiß, die Frage nach sozialer Gerechtigkeit ist keine leichte Kost. Und bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Ich möchte hier nicht plump provozieren, schwarzmalen oder eine neue Neiddebatte lostreten! Von unsachlichen Diskussionen zum Thema möchten wir uns auf jeden Fall distanzieren.

Aber Fakt ist, dass viel zu viel ZU den Menschen und ÜBER die Menschen gesprochen wird. Wenn man Ihnen zuhört und MIT Ihnen spricht, dann erreichen Einen immer wieder und immer dringender zwei Fragen: Wie soll es weitergehen? Und: Ist das noch gerecht?

Die Menschen sind verunsichert und manchmal ziemlich unzufrieden: Sie sehen, lesen und spüren jeden Tag am eigenen Leib, dass Rechte und Pflichten in unserer Gesellschaft nicht gerecht verteilt sind.

Wissen Sie aber, was mir noch größere Sorgen bereitet?

– Es sind das Wegsehen, das Nichthinhören, das Ausblenden der Probleme...(Oder schlimmstenfalls das Vertrauen auf die allgegenwärtige Schönfärberei)

Anrede,

damit muss endlich Schluss sein! Wir dürfen die Augen vor der sozialen Realität nicht verschließen! Wir müssen jetzt die Fakten ernst nehmen und handeln. Wir brauchen ein Programm gegen soziale Ausgrenzung und für mehr Verteilungsgerechtigkeit!

Anrede,

Wir alle wissen, dass besonders in Gesellschaften, in denen es keine Verteilungsgerechtigkeit gibt und in denen es an gleichen Chancen mangelt, die Gefahr negativer Bewältigungsstrategien wächst. Das heißt, die wenigsten von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen, verlassen sich auf staatliche Strukturen zur Linderung akuter Not. Denn sie geben oft gerade diesen Strukturen die Schuld an ihrer Notlage. Dies führt nun dazu, dass viele Menschen – auch in Deutschland – durch das öffentliche Wahrnehmungsraster fallen. Armut in Deutschland – und das belegt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung deutlich – wird so gut es geht von den Betroffenen versteckt. Arme nehmen am gesellschaftlichen Leben nicht teil. Dies führt zur Entwicklung von parallelen gesellschaftlichen Strukturen, welche immer auch Gefahren für unsere Demokratie bergen.

Wichtig ist, dass wir verstehen, dass Armut und soziale Ungerechtigkeit keine Themen sind, mit denen man sich in Krisenregionen und Entwicklungsländer befassen muss. Wir müssen uns vielmehr bewusst machen, dass es auch in unserem wirtschaftlich so produktiven Land zu viele Menschen gibt, die ein Leben in Angst um ihre Existenzgrundlage führen.

Diese Angst ist in Anbetracht der Entwicklungen weder unbegründet, noch bleibt sie ohne Folgen: Sie verhindert Entwicklung und die Realisierung der Potenziale jedes einzelnen betroffenen Menschen. Denn die Aufmerksamkeit dieser liegt meist auf dem täglichen „Über“leben, so dass mittel- und langfristige Lebensplanungen unter Einbeziehung möglicher Investitionen meist nicht stattfinden.

Anrede,

Die Diskussion um eine verteilungsgerechtere Politik, um mehr soziale Gerechtigkeit MUSS geführt werden. Wir können und dürfen das Thema nicht ignorieren. Wir können und dürfen die aufgeworfenen Fragen der Menschen nicht unter den Teppich kehren. Wir können und dürfen uns nicht erst später damit beschäftigen, wenn wir wieder in vermeintlich politisch ruhigeres Fahrwasser kommen. Deutschland hat eine unglaublich große finanzpolitische Verantwortung übernommen. Und Deutschland – das sind eben die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes... Sie werden nur bereit sein, diese gewaltigen Lasten mitzutragen, wenn sie sich ernst genommen fühlen und wenn es gelingt, dem ungezügelten freien Wettbewerb mit einseitiger Gewinnmaximierung für Wenige zulasten Vieler eine klare Absage zu erteilen.

Anrede,

Und verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ich freue mich mit jedem, der in der Lage ist, dank seiner Arbeit oder auch dank der Arbeit seiner Vorfahren, ein Leben in Wohlstand zu führen. Aber in unserer Gesellschaft werden Ungleichheiten in einem Maß gefördert, dass wir bei fast allen internationalen Studien zu sozialer Gerechtigkeit und Teilhabechancen in Industriestaaten auf den letzten Rängen landen. Und, ganz ehrlich, wollen wir in so einer Gesellschaft leben? Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der für die beruflichen Chancen eines Kindes entscheidend ist, ob die Eltern finanziell gut situiert sind? In der die Qualität der Pfl-

ge zu einem großen Teil von den eigenen finanziellen Mitteln abhängt? In einer Gesellschaft, in der eine Vollzeitbeschäftigung oft nicht zum Lebensunterhalt reicht?

Anrede,

unsere leistungsstarken sozialen Sicherungssysteme tragen entscheidend zum Erhalt sozialer Stabilität und des sozialen Friedens in unserem Land bei. – Sie sind ein Kernstück, wenn nicht sogar DAS Kernstück unserer gesellschaftlichen Ordnung. - Und sind dabei auch noch echte Wirtschaftsfaktoren: Es braucht wohl heute niemand mehr einen Beleg für die Überlegenheit der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme. Diese hat sich in den Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen der letzten Jahre nur zu deutlich gezeigt...Außerdem ist in den letzten Jahrzehnten in einer Vielzahl von Studien (durchgeführt von den verschiedensten Instituten)¹ ohne Zweifel ganz deutlich belegt worden, dass in den Staaten, die die höchsten Sozialausgaben pro Kopf haben, der größte und stabilste Wohlstand in der Bevölkerung herrscht. Also: Wie viele Beweise brauchen wir denn noch dafür, dass die aktuelle einseitig begünstigende neoliberale Wirtschaftspolitik nicht dahin führen kann und wird, wohin wir wollen: In eine gerechte Zukunft, die geprägt ist von Frieden und größtmöglichem Wohlstand für alle...Was muss noch passieren, damit wir endlich anfangen zu handeln?!

Liebe Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung,

ich weiß, dass diejenigen von Ihnen, die sich für eine sozial gerechte und nachhaltige Politik stark machen, es wirklich nicht immer einfach haben. Und deshalb möchte ich Ihnen heute hier auch meinen Dank und meine Hochachtung aussprechen! Aber ich möchte Sie eben alle auch noch einmal motivieren und ganz eindringlich an Sie appellieren, am Ball zu bleiben. Für die Menschen in diesem Land und in einem sozialen Europa:

Diese Menschen brauchen menschenwürdige Arbeit! Sie brauchen mehr sichere Arbeitsplätze mit einer Entlohnung, die zum Leben reicht. Sie brauchen endlich einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn! Und eine Arbeitslosenversicherung, die Sicherheit bei Erwerbslosigkeit bietet und echte Chance eröffnet.

Die Menschen, die von Behinderungen betroffen werden, brauchen am Arbeitsmarkt endlich die gleichen Teilhabechancen. Sie brauchen eine verbindliche Beschäftigungspflichtquote ohne Schlupflöcher und eine Ausgleichabgabe, die dem Unternehmer, der sich weigert, sie einzustellen, wirklich weh tut. Wir brauchen endlich eine qualitativ hochwertige inklusive Bildung. Wir brauchen eine Eingliederungshilfe, die wirklich Teilhabe ermöglicht und nicht weiter segregiert!

Anrede,

noch nie hatten Rentnerinnen und Rentner so hohe Kaufkraftverluste zu verzeichnen wie in den letzten 10 Jahren. Die aktuelle Rentenanpassung ist dabei doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein...Nur mit einer Rückkehr zu lohnorientierten Rentenanpassungen, Leistungsverbesserungen bei Erwerbsminderungsrenten und einer echten Strategie zur Bekämpfung von Altersarmut, können wir die Herausforderungen des demographischen Wandels meistern.

Die die gesetzlich Krankenversicherten dürfen nicht länger einseitig belastet werden. Die Abschaffung der Praxisgebühr war dabei schon ein erster richtiger und wichtiger Schritt. Außerdem brauchen wir dringend ein einheitliches und gerechteres Versicherungssystem, das die Grundlage für eine bedarfsgerechte Versorgung darstellt.

Anrede,

mir ist völlig klar, vor welcher großen Aufgabe Deutschland steht. Denn der Teufel steckt natürlich wie immer im Detail: Ist es sinnvoll, mit Investitionen in Beschäftigung und die so-

¹ S. auch Prof. Dr. Klaus Busch, Uni Osnabrück (jetzt: Berater bei Ver.di)

zialen Sicherungssysteme gegen die drohenden Auswirkungen der Krise anzukämpfen? Können wir damit das Vertrauen der Bevölkerung stärken? Welche Leistungen sollen finanziert werden? Und wenn, in welchem Umfang? Kürzt man die wirtschaftlichen Subventionen, sind vielleicht Arbeitsplätze in Gefahr. Erhöht man die Steuerlast für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, demotiviert man diese vielleicht und bremst ihren Leistungswillen. Sind vielleicht doch schon genug Mittel vorhanden und müssten sie bloß anders verteilt werden?

Liebe Gäste,

es gibt natürlich keine Patentlösungen, aber wir haben eine ganze Reihe Antworten und Vorschläge auf die dringendsten Fragen zusammengetragen. Bitte lesen Sie unsere Kernforderungen zu Bundestagswahl und diskutieren Sie mit uns. Wir haben ausschließlich umsetzbare Vorschläge, denn auch uns ist völlig klar, dass das Geld nicht auf den Bäumen wächst. Wir wissen, dass weder eine Anpassung der Vermögenssteuer, noch die längst überfällige Finanztransaktionssteuer ausschließlich auf Zustimmung stoßen werden. Auch wenn über eine gerechtere Ausgabenpolitik diskutiert wird, werden viele unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden müssen. Nichtsdestotrotz müssen wir uns des Themas annehmen. Klar ist, dass wir dabei nicht nur über Maßnahmen zu Einnahmen und Ausgaben reden dürfen. Wir müssen vielmehr die Ursachen der Fehlentwicklung bekämpfen. Denn sonst verschieben wir das Problem nur.

Lieber Minister Schneider, liebe Abgeordnete, lieber Vertreterinnen und Vertreter der Behörden: Bitte machen Sie mit! Auf die Unterstützung des SoVD bei Ihrem Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit können Sie zählen!